



Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992-95

Aufgrund des Antrages des EDI vom 22. Februar 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Botschaft und Entwurf zum Bundesbeschluss über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992-95 werden mit nachstehenden Aenderungen gutgeheissen:

Die Beitragsleistung des Bundes wird auf insgesamt 124 Mio. Franken festgelegt.

Das EDI wird beauftragt, Botschaft und Beschlussesentwurf entsprechend anzupassen.

Ziff. 174 der Botschaft, letzter Abschnitt, Aenderung:

"Aus diesem Grund vertreten wir die Auffassung, den Forderungen der Stiftung sei nur teilweise zu entsprechen und die beantragte Erhöhung auf 10 neue Planstellen zu beschränken. Der zeitweise auftretende Mehrbedarf an Personal kann projektbezogen im Auftragsverhältnis gedeckt werden. Die entsprechenden Lohnkosten ... aufgefangen werden."

2. Das EDA wird beauftragt, seine Zusammenarbeit mit Pro Helvetia zu verstärken, um sicherzustellen, dass aussenpolitische Anliegen von den Entscheidungsorganen, z.B. dem leitenden Ausschuss, der Stiftung Pro Helvetia angemessen berücksichtigt werden. Die Unabhängigkeit von Pro Helvetia soll dadurch nicht beeinträchtigt werden. Der Bundesrat wird vom Vorsteher des EDA über das Ergebnis der entsprechenden Verhandlungen mit Pro Helvetia, zu welchen ebenfalls das Bundesamt für Kultur/EDI beigezogen wird, informiert."

Veröffentlichung:
 Bundesblatt

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
	X	EDA	10	1
X		EDI	10	1
	X	EJPD	1	1
	X	EMD	1	1
	X	EFD	1	1
	X	EVD	1	1
	X	EVED	1	1
	X	BK	1	1
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

3003 Bern, den 22. Februar 1991

An den Bundesrat

Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995

Wir unterbreiten Ihnen gemäss Artikel 3 Absatz 1 des Bundesgesetzes vom 17.12.1965 (SR 447.1) Botschaft und Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Beiträge an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995.

Für den Inhalt der Vorlage verweisen wir auf die Uebersicht auf Seite 2 der Botschaft. Die Botschaft basiert wesentlich auf der Eingabe der Stiftung Pro Helvetia für die Jahre 1992 - 1995, welche diese dem EDI am 13. September 1990 unterbreitete und die im Anhang der Botschaft beigelegt ist.

Die Stiftung verfügte gemäss Bundesbeschluss vom 28.9.1987 (BB1 1987 III 163) über Mittel im Gesamtbetrag von 86 Millionen Franken, aufgeteilt in folgende Jahrestanchen:

1988	20 Mio
1989	21 Mio
1990	22 Mio
1991	23 Mio

In ihrer Eingabe vom 13. September 1990 stellte die Pro Helvetia das Begehren um eine Erhöhung der Mittel auf insgesamt 168 Millionen Franken, was nahezu eine Verdoppelung für die neue vierjährige Beitragsperiode bedeuten würde. Aufzuteilen wäre diese Summe nach den Vorstellungen der Stiftung in folgende Jahrestanchen:

1992	37 Mio
1993	41 Mio
1994	44 Mio
1995	46 Mio

Gleichzeitig soll, begründet mit dem wachsenden Arbeitsdruck aufgrund der steigenden Anzahl der Gesuche sowie der

gezielten Ausweitung der Auslandstätigkeit der Personalbestand von heute 35.65 auf total 58 Stellen erhöht werden.

Im Finanzplan, der allerdings vor der Ablieferung der Eingabe erstellt wurde, sind die folgenden Beitragssummen eingestellt:

1992	24 Mio
1993	25 Mio
1994	26 Mio
1995	27 Mio

Insgesamt also 102 Millionen Franken oder 18.6 Prozent mehr als in den Jahren 1988-1991. Die Eidgenössische Finanzverwaltung beantragt, die Beiträge an die Pro Helvetia in den kommenden vier Jahren auf dieser Höhe zu belassen. Demgegenüber schlägt die DIO vor, den Forderungen der Stiftung im Inlandteil zu 80, im Auslandteil zu 100 Prozent zu entsprechen und die jährlichen Beiträge degressiv anwachsen zu lassen, was eine Gesamtsumme von 156 Millionen Franken sowie folgende Jahrestanchen ergäbe:

1992	34 Mio
1993	38 Mio
1994	41 Mio
1995	43 Mio

Nach gründlicher Prüfung der Eingabe beantragen wir Ihnen in Berücksichtigung sowohl der kulturpolitischen Aspekte einerseits und der finanzpolitischen Erfordernisse andererseits, der Stiftung Pro Helvetia für die Jahre 1992-1995 erhöhte Beiträge im Gesamtbetrag von 132 Millionen Franken zu gewähren, was einer Steigerung um 53,4 Prozent gegenüber der bisherigen Beitragsperiode entspricht. Aufzuteilen wäre diese Summe in folgende Jahrestanchen:

1992	30 Mio
1993	32 Mio
1994	34 Mio
1995	36 Mio.

In der Aemterkonsultation wurden folgende Stellen begrüsst: Bundeskanzlei, Direktion für internationale Organisationen (DIO), Bundesamt für Justiz, Eidgenössische Finanzverwaltung (FV), Eidgenössisches Personalamt und Generalsekretariat EVED.

Die Vorlage stiess im allgemeinen auf ein sehr positives Echo. Den eingebrachten Anregungen und Aenderungsvorschlägen zum Botschaftstext konnte weitgehend entsprochen werden. Eine Differenz in bezug auf die Höhe der zu beschliessenden jährlichen Beiträge an die Stiftung verblieb einerseits mit der FV, andererseits mit der DIO.

Die Eidgenössische Finanzverwaltung widersetzt sich in ihrer Stellungnahme unter Hinweis auf die sich wieder verschlechternden Haushaltsperspektiven und die Finanzplanung den von uns vorgeschlagenen jährlichen Beiträgen und schlägt ihrerseits wie erwähnt vor, der Pro Helvetia lediglich die im Finanzplan enthaltenen Beiträge auszurichten.

Wir halten jedoch an unserem Vorschlag fest und begründen dies wie folgt: Die Finanzplanung des Bundes wurde vor dem Vorliegen der Eingabe der Pro Helvetia gemacht, so dass der Bundesrat damals in seiner Entscheidung in bezug auf den Finanzbedarf der Pro Helvetia von nur unvollständigen Annahmen ausgehen musste. Der kulturelle Bereich der Schweiz ist jedoch, wie wir im Botschaftstext aufgezeigt haben, gegenwärtig in einer sehr starken Entwicklung begriffen, welche sich gerade auch in einer den Bedürfnissen breiter Kreise der Bevölkerung entsprechenden Zunahme von Einzelprojekten, Begehren um Finanzierung von Austauschprogrammen im In- und Ausland sowie in einer Expansion in jüngeren und kostenintensiven Kultursparten zeigt. Zudem ist auch der Kulturbereich von der Teuerung betroffen, und wie dies im übrigen auch aus der Eingabe der Pro Helvetia hervorgeht, wurde dieser Tatsache in der Vergangenheit eindeutig zu wenig Rechnung getragen. Auch hier sei daran erinnert, dass die in den vergangenen Jahren erfolgte Erweiterung des Kulturbegriffs namentlich dort besonders zu Buche schlägt, wo zunehmend auch elektronische und andere technische Verfahren zur Anwendung kommen, neben den Bereichen Film, Video, Performance/Tanz auch in den traditionelleren Domänen Theater, Literatur, bildende Kunst und Musik.

Unser Vorschlag setzt, nicht zuletzt in Berücksichtigung der im Inlandbereich der Stiftungstätigkeit fehlenden allgemeinen geschriebenen Verfassungsgrundlage, die Erwartungen der Stiftung bereits deutlich herab. Die im Finanzplan vorgesehenen Erhöhungen der jährlichen Beiträge an Pro Helvetia würden in den Jahren 1992 - 1995 jedoch höchstwahrscheinlich nicht einmal die Teuerung ausgleichen.

Ganz massiv an Bedeutung gewonnen hat das Bedürfnis der Kulturschaffenden nach Auslandkontakten und -aktivitäten. Andererseits haben in den letzten Jahren auch bei den öffentlichen Kulturförderungsstellen solche Aktivitäten mehr Raum eingenommen, und zwar im Zuge der Erkenntnis, dass eine rein schweizerische Binnenkultur niemals lebendig sein und internationale Beachtung finden wird. Die DIO fordert denn auch, wie bereits erwähnt, in ihrer Stellungnahme eine massive Erhöhung der Beiträge für Auslandsaktivitäten der Pro Helvetia (Berücksichtigung des auslandbezogenen Anteils der Eingabe zu 100 %), mithin also der jährlichen Beiträge an die Pro Helvetia als ganzes sowie eine stellenmässige Aufstockung um 19 Planstellen.

Eine solche unproportionale Erhöhung wäre zwar auch aufgrund der im Auslandbereich klar vorhandenen umfassenden Verfassungskompetenz (im Gegensatz zum Inland, wie wir in der Botschaft deutlich aufgezeigt haben) grundsätzlich

denkbar. Dennoch halten wir an unserem Vorschlag fest. Er entspricht einem massvollen Mittelweg zwischen den Forderungen der Pro Helvetia und den Anträgen der DIO einerseits sowie den Anträgen der FV andererseits. Die von der Pro Helvetia geforderten und spartenweise ausgewiesenen Beiträge bzw. Stellenzahlen werden damit zu rund 80 Prozent berücksichtigt. Bei der internen Prioritätensetzung hat die Stiftung den Auslandbereich richtigerweise favorisiert. Damit wird nicht nur in massvoller Weise den hier dargestellten gestiegenen Bedürfnissen entsprochen, sondern auch den finanzpolitischen Voraussetzungen besser Rechnung getragen.

Wir hegen ferner gewisse Bedenken gegenüber den auf Seiten der DIO unseres Erachtens spürbaren Tendenz, Pro Helvetia durch bestimmte direktivenähnliche Hinweise in der Botschaft gewissermassen in die Tätigkeiten des EDA einzubinden. Zu dieser Betrachtungsweise gehört auch eine von der DIO faktisch stärker akzentuierte Aufteilung der Tätigkeiten der Stiftung in Inland- und Auslandaktivitäten. Wir sind demgegenüber jedoch klar der Ansicht, dass dies einen Eingriff in die Zuständigkeit der Pro Helvetia darstellen würde, welche als verwaltungsunabhängige und sachverständige Kulturförderungsstelle konzipiert ist, die über die Verwendung der ihr zugesprochenen Gelder autonom entscheidet. Diese Autonomie gilt es zu wahren, ohne dass dies einer sinnvollen und sehr erwünschten Zusammenarbeit mit den Dienststellen des EDA Abbruch täte. Im übrigen kann eine klare Trennung zwischen Inland- und Auslandaktivitäten in der Praxis wohl kaum konsequent vorgenommen werden; das alleinige Abstellen darauf, ob eine Veranstaltung in der Schweiz oder im Ausland stattfindet, ist als Kriterium ungenügend. Dies hängt mit den oben gemachten Ausführungen zusammen, wonach es keine Binnenkultur der Schweiz gibt, geben soll und darf. Kultur ist immer Austausch, sowohl im intellektuellen als auch im konkret geographischen Sinne.

Die DIO legt ferner in ihrer Stellungnahme Wert auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit von Pro Helvetia mit den Vertretungen der Schweiz im Ausland und eine ausdrückliche Nennung der Bedeutung der Kultur für die Aussenpolitik. Die DIO und die genannten Auslandsvertretungen leisten - in Zusammenarbeit mit Pro Helvetia, welche in ihrer gesetzlichen Grundlage dazu einen ausdrücklichen Auftrag hat - für die Präsentation von schweizerischem Kulturschaffen im Ausland Bedeutendes. Dies wird auch in der Eingabe der Pro Helvetia voll anerkannt und kommt unseres Erachtens auch im vorliegenden Botschaftsentwurf deutlich zum Ausdruck.

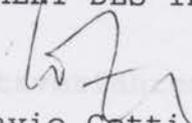
Wir wenden uns aber ausdrücklich gegen eine unseres Erachtens spürbare Tendenz zur Instrumentalisierung der Kultur für (ausser)politische Zwecke. Die Kultur im allgemeinen und die Kulturförderung im speziellen haben ihre ureigene Bedeutung, welche vor einer eigentlichen Vereinnahmung durch andere Interessen zu schützen ist. Ferner gilt es auch diesbezüglich die Autonomie der Pro Helvetia in ihren kulturpolitischen Entscheidungen zu wahren. In diesem Zusammenhang ist es unseres Erachtens unzulässig, die Pro

Helvetia - wie dies die DIO beantragt - anzuhalten, vermehrt Veranstaltungen zu unterstützen, an denen eine schweizerische Teilnahme "politisch gesehen ... wünschbar wäre".

Die Vorlage sollte in der Frühjahrsession 1991 dem Parlament zur Bestellung der vorberatenden Kommissionen unterbreitet werden können, damit die Stiftung Pro Helvetia, eine zügige Behandlung des Geschäftes in beiden Kammern vorausgesetzt, bereits im September 1991 über die ihr in den kommenden vier Jahren zustehenden Mittel Bescheid wüsste und dementsprechend planen könnte.

Wir beantragen Ihnen, dem beiliegenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

EIDGENÖSSISCHES
DEPARTEMENT DES INNERN


Flavio Cotti

Veröffentlichung im Bundesblatt

Beilagen:

- Entwurf des Beschlussesdispositivs
- Botschaftsentwurf mit Anhang (d+f)
- Entwurf der Pressemitteilung (d+f)

Zum Mitbericht an:

- sämtliche Departemente und Bundeskanzlei

Protokollauszug an:

- EDI 10 Ex. (GS 3, ID 1, BAK 6) zum Vollzug
- Uebrige Departemente und Bundeskanzlei 5 Ex. zur Kenntnis

Botschaft
über die Finanzhilfen an die St
in den Jahren 1992 - 1995

Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995

Aufgrund des Antrages des EDI vom 22. Februar 1991

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

Die Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995 wird gutgeheissen.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Veröffentlichung:

Bundesblatt

Pressemitteilung

Februar 1991

Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995

Der Bundesrat hat eine Botschaft und den Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995 zuhanden der eidgenössischen Räte verabschiedet.

Laut Bundesgesetz vom 17. Dezember 1965 gewährt der Bund der Stiftung Pro Helvetia zur Erfüllung ihrer kulturellen Aufgaben im In- und Ausland jährliche Beiträge, die alle vier Jahre mit einfachem Bundesbeschluss festgelegt werden.

In der laufenden Beitragsperiode - diese endet am 31. Dezember 1991 - erhielt die Stiftung vom Bund Beiträge im Gesamtbetrag von 86 Millionen Franken. In ihrer Eingabe für die Vierjahresperiode 1992 - 1995 ersuchte Pro Helvetia um eine Erhöhung und beantragte für die entsprechende Beitragsperiode Mittel von insgesamt 168 Millionen Franken. Die Stiftung begründete diese Erhöhung mit der in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahl der eingereichten Unterstützungsgesuche für kulturelle Aktivitäten. Ferner erfordern die politischen und sozio-kulturellen Veränderungen in Osteuropa sowie die europäischen Integrationsbestrebungen eine Intensivierung der Auslandstätigkeiten. Vor diesem Hintergrund sind die Begehren der Stiftung grundsätzlich durchaus begründet. Das Fehlen eines Kulturförderungsartikels setzt der Erfüllung dieser Bedürfnisse im Inlandbereich allerdings klare Grenzen. Der Bundesrat beantragt deshalb dem Parlament eine gegenüber den Vorstellungen der Pro Helvetia zwar geringere, jedoch sachlich und politisch durchaus gerechtfertigte Erhöhung der Beiträge. Die Stiftung soll in den nächsten vier Jahren über einen Gesamtbetrag von 132 Millionen Franken verfügen können; das sind 46 Millionen Franken mehr, als in der gegenwärtigen Beitragsperiode. Die einzelnen Jahresbeiträge sollen wie folgt gestaffelt werden:

1992	30 Millionen,
1993	32 Millionen,
1994	34 Millionen und
1995	36 Millionen Franken.

Die ausgewiesenen Bedürfnisse, die bedeutsame Rolle der Stiftung Pro Helvetia für das kulturelle Leben und Schaffen in der Schweiz, die umfassender gewordene Bedeutung der Kultur sowie die Bestrebungen, die kulturelle Präsenz der Schweiz im Ausland angesichts der internationalen Entwicklungen noch zu verstärken, rechtfertigen nach Auffassung des Bundesrates diese Beitragserhöhung.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
Presse- und Informationsdienst

Auskünfte: - Alfred Defago, Direktor des Bundesamtes für Kultur,
Tel. 031/61 92 61
- Hans Rudolf Dörig, Stv. Direktor, Bundesamt für
Kultur, Tel. 031/61 92 86

Communiqué de presse

Février 1991

Message concernant l'octroi d'aides financières à la fondation Pro Helvetia pour les années 1992 à 1995

Le Conseil fédéral a approuvé un message à l'adresse des Chambres fédérales, accompagné d'un projet d'arrêté fédéral, concernant l'octroi d'aides financières à la fondation Pro Helvetia pour les années 1992 à 1995.

En vertu d'une loi fédérale du 17 décembre 1965, la Confédération soutient les activités de Pro Helvetia en Suisse et à l'étranger en lui allouant des contributions annuelles dont les montants sont fixés tous les quatre ans par un arrêté fédéral simple.

Pour la période de subventionnement actuelle, qui arrive à son terme le 31 décembre 1991, la fondation a reçu de la Confédération une aide d'un montant total de 86 millions de francs. Pour les quatre ans à venir, Pro Helvetia, a demandé que cette aide soit portée à 168 millions de francs. Cette augmentation est motivée par l'accroissement considérable du nombre de dossiers traités par l'institution. En outre, les mutations socio-politiques qui se sont produites en Europe de l'Est et le mouvement d'intégration européenne se sont traduits par une intensification des activités de Pro Helvetia à l'étranger. Compte tenu de ces faits nouveaux, une augmentation des crédits alloués à Pro Helvetia est entièrement justifiée. Mais pour ce qui concerne l'activité de Pro Helvetia en Suisse, l'absence d'un article constitutionnel sur la culture pose des limites qu'il n'est pas possible de franchir. Le Conseil fédéral demande donc au Parlement d'accroître les contributions versées par la Confédération à la fondation Pro Helvetia, dans une mesure moindre que ne l'aurait souhaité cette dernière, mais qui est pleinement justifiée tant du point de vue politique que par les réalités actuelles. Cette augmentation est de 46 millions de francs, ce qui porte les crédits mis à la disposition de la fondation à 132 millions de francs pour les quatre années à venir. Il se répartissent annuellement de la manière suivante:

1992	30 millions,
1993	32 millions,
1994	34 millions,
1995	36 millions.

L'augmentation des crédits de Pro Helvetia répond à un besoin réel, elle se justifie en outre par le rôle que joue cette fondation dans la vie culturelle suisse, par la fonction de plus en plus importante que revêt la culture dans le monde contemporain et par la nécessité de renforcer, dans le contexte international actuel, la présence culturelle de la Suisse à l'étranger.

DEPARTEMENT FEDERAL DE L'INTERIEUR
Service de presse et d'information

Renseignements: - Alfred Defago, Directeur de l'Office fédéral de la culture, tél. 031/61 92 61
- Hans Rudolf Dörig, Directeur suppléant, Office fédéral de la culture, tél. 031/61 92 86

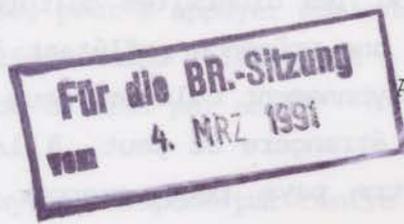


EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES

DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Berne, le 28 février 1991



Au Conseil fédéral

Message concernant l'aide financière allouée à la Fondation Pro Helvetia pour les années 1992-95

Co-rapport

à la proposition du DFI du 22 février

1. Nous ne sommes pas d'accord avec la proposition du DFI concernant l'aide financière à allouer à la Fondation Pro Helvetia pour les années 1992-95, sous la forme actuelle de cette proposition.
2. Les travaux de divers groupes de travail mis sur pied pour préparer la législature 1992-95 ont mis en évidence un fait central au regard de la proposition susmentionnée: le double objectif d'un renforcement de la position de la Suisse sur la scène politique internationale et du maintien de nos possibilités d'influencer des décisions internationales nous concernant ne peut être atteint que si nous parvenons à développer la présence et le rayonnement de la Suisse à l'étranger.

3. La question de l'accroissement des ressources à disposition de la Fondation Pro Helvetia se pose précisément pour notre Département dans l'optique du développement de cette présence et de ce rayonnement. Les aspects culturels de cette présence revêtent une grande importance. Pays hautement développé, comparativement fort riche, construit sur l'alliance d'éléments et de forces disparates au départ, dont le caractère propre est d'être une union politique respectant les diversités culturelles, la Suisse se doit d'affirmer à l'étranger une présence reflétant à la fois cette cohésion et cette diversité. Le rayonnement culturel joue dès lors un rôle important dans notre politique étrangère et peut, à la longue, également toucher l'influence que notre pays peut exercer dans le contexte international.

L'évolution récente conduit à identifier deux objectifs à poursuivre dans ce contexte: mise en valeur d'artistes et de créateurs suisses dans le cadre d'une promotion du patrimoine et de la création qui caractérisent notre pays; mise en valeur des aspects culturels de la réalité suisse dans le cadre d'une promotion de la dimension culturelle de la présence de la Suisse à l'étranger. Le premier objectif relève surtout de la politique culturelle, le second de la politique étrangère.

La Fondation Pro Helvetia est consciente de ce défi global, mais envisage dans sa requête du 13 septembre 1990 d'assumer elle-même l'essentiel de la tâche à remplir pour atteindre le second de ces objectifs, en se dotant des moyens financiers et du personnel correspondants. Nous considérons que cette tâche, qui relève de notre politique étrangère, est et doit rester de la compétence de notre Département.

4. Des pays comparables au nôtre se sont dotés des ressources nécessaires pour pouvoir, dans le cadre de leur politique étrangère, affirmer leur présence culturelle sur la scène internationale. Ces pays disposent d'une part d'un budget destiné à promouvoir leurs cultures respectives, qu'ils peuvent également engager pour soutenir des activités à l'étranger, et, d'autre part, d'un budget destiné à financer des manifestations culturelles organisées à l'étranger et servant également des intérêts de politique étrangère. Ainsi, indépendamment des ressources très

considérables dont dispose p.e. le Ministère autrichien de la culture pour réaliser des activités à l'étranger, le Ministère autrichien des affaires étrangères est, quant à lui, doté de moyens propres lui permettant de financer des manifestations à caractère culturel tenues à l'étranger -moyens avoisinant 7 mios de frs. par an. Le Ministère des affaires étrangères de la Norvège, pour citer un autre pays comparable à la Suisse, peut s'appuyer également sur des crédits propres pour financer des manifestations culturelles à l'étranger -ordre de grandeur supérieur à 10 mios de frs. par an.

Notre pays ne dispose par contre pas des mêmes ressources. Nous citerons trois exemples, illustrant les conséquences négatives de cette carence:

- Il arrive ainsi fréquemment dans le domaine du film qu'une participation suisse à telle ou telle manifestation importante du point de vue de notre politique étrangère ne puisse être assurée ou échoue parce que ni le Centre suisse du cinéma, ni la Fondation Pro Helvetia, ni l'Office fédéral de la culture ne sont prêts à financer cette participation.
 - Sans de nombreuses interventions de M. le Conseiller fédéral Stich, alors Président de la Confédération, et du Chef du Département des affaires étrangères auprès de Pro Helvetia, la série de manifestations culturelles se déroulant actuellement en Inde dans le cadre de "Switzerland in India" n'aurait pu se réaliser. Ceci aurait constitué une sorte d'affront à l'égard de l'Inde qui avait elle-même organisé précédemment un important festival "India in Switzerland".
 - Une exposition Giacometti qui vient de se tenir à Madrid, constituant un événement important pour souligner la dimension culturelle de notre politique d'intégration, a également failli échouer, Pro Helvetia n'ayant pu accorder qu'un montant modeste pour soutenir ce projet et notre Ambassade ayant rencontré des obstacles considérables en s'efforçant de mobiliser des fonds privés.
5. D'un point de vue de politique étrangère, nous ne pouvons assumer la responsabilité d'une perpétuation de l'état de choses évoqué ci-dessus.

En conséquence, nous avons tout d'abord envisagé un accroissement substantiel des ressources de la Fondation Pro Helvetia, selon les lignes développées par notre Département au stade de la consultation des offices, l'utilisation optimale de ces ressources étant assurée sur la base d'une collaboration plus étroite entre Pro Helvetia et notre Département pour les activités mettant en jeu le rayonnement de la Suisse à l'étranger et revêtant de ce fait un caractère de politique étrangère. Nous concevions une telle collaboration dans l'optique d'une complémentarité d'intérêts et d'action- et non dans celle d'un empiètement, voire d'un asservissement qui n'entrent ni dans les vues ni dans les intérêts de notre Département-, un tel lien résultant clairement selon nous du mandat confié à la Fondation. Cette première variante n'a en définitive pas été retenue par le DFI.

6. Vu les contraintes budgétaires de la Confédération, prenant pleinement en considération les réticences auxquelles une telle solution s'est heurtée de la part du DFI, nous vous soumettons maintenant une modification de la répartition des ressources proposées, qui tient compte des responsabilités réciproques et des bases légales existantes :

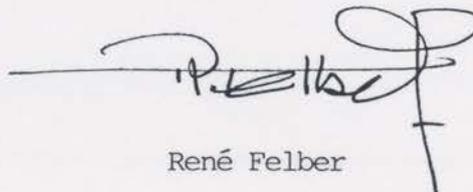
- La Fondation Pro Helvetia reçoit des ressources accrues, légèrement supérieures au cadre établi dans le plan financier, pour au moins compenser l'inflation intervenue entretemps.
- Le DFAE, pour pouvoir assumer pleinement ses tâches de promotion de la présence et du rayonnement de la Suisse à l'étranger, est doté de ressources supplémentaires, qui devraient bien entendu, dans le domaine culturel, être utilisées en étroite collaboration et coopération avec la Fondation Pro Helvetia. Nous évaluons à 20 mios de frs. au total pour la période 1992-95 le montant minimal à prévoir à ce stade dans l'optique de ce qui précède (ce montant supplémentaire alloué au DFAE se ventilerait comme suit: 3 mios pour 92; 4,5 mios pour 93; 5,5 mios pour 94; 7 mios pour 95). Vu les effets de synergie qu'engendrerait cette coopération, le DFAE pourrait accepter un paquet financier global inférieur à celui que propose le DFI.

7. Nous vous proposons en conséquence d'ajouter au dispositif prévu par le DFI un deuxième paragraphe selon l'annexe.

Annexe

Département fédéral des
affaires étrangères

Chiffre additionnel du
projet de décision



René Felber

Annexe mentionnée

Le DFAE est chargé de soumettre au Conseil fédéral, dans les délais requis par l'établissement du plan financier 1991-95 et du budget 1992 et sur la base des éléments présentés au paragraphe 6; de son co-rapport du 28 février, une proposition en vue de l'attribution de ressources supplémentaires destinées à permettre au DFAE de développer dans le domaine culturel, en étroite collaboration et coopération avec la Fondation Pro Helvetia, la présence et le rayonnement de la Suisse à l'étranger.

AnnexeAn den Bundesrat

Chiffre additionnel du
projet de décision

Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren
 1992-1995

Le DFAE est chargé de soumettre au Conseil fédéral, dans les délais requis par l'établissement du plan financier 1993-95 et du budget 1992 et sur la base des éléments présentés au paragraphe 6. de son co-rapport du 28 février, une proposition en vue de l'attribution de ressources supplémentaires destinées à permettre au DFAE de développer dans le domaine culturel, en étroite collaboration et coopération avec la Fondation Pro Helvetia, la présence et le rayonnement de la Suisse à l'étranger.

1. Die Beitragsleistung des Bundes an die Stiftung Pro Helvetia für die Periode 1992-94 wird auf insgesamt 102 Millionen Franken festgelegt. Botschafts- und Beschlussentwürfe werden entsprechend angepasst.
2. Die Stiftung Pro Helvetia hat ihr Tätigkeitsprogramm auf die finanziellen und personellen Vorgaben der geltenden Perspektivplanung 1992-94 (BRB vom 22.9.90) abzustimmen.



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

690.32

3003 Bern, den 1. März 1991

An den Bundesrat

**Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren
 1992-1995**

M i t b e r i c h t

zum Antrag des EDI vom 22. Februar 1991

Wir können der vorgeschlagenen massiven Erhöhung der
 Finanzhilfe um 46 auf insgesamt 132 Millionen Franken
 (+53,5%) nicht zustimmen und stellen folgende

Anträge:

1. Die Beitragsleistung des Bundes an die Stiftung Pro Helvetia für die Periode 1992-94 wird auf insgesamt 102 Millionen Franken festgelegt. Botschafts- und Beschlus- sesentwürfe werden entsprechend angepasst.
2. Die Stiftung Pro Helvetia hat ihr Tätigkeitsprogramm auf die finanziellen und personellen Vorgaben der gel- tenden Perspektivplanung 1992-94 (BRB vom 22.8.90) ab- zustimmen.

Begründung

1. Die beantragte Kreditaufstockung liegt um 30 Millionen Franken über dem geltenden Finanzplan vom 1.10.1990 und muss als nicht finanziert gelten. Bei der Beurteilung des Kreditbegehrens ist übrigens mitzuberücksichtigen, dass die Bundesleistungen in den Jahren 1980-90 praktisch vervierfacht worden sind. Unser Antrag gestattet immer noch eine wesentliche Erhöhung der Finanzhilfe von insgesamt 16 Millionen (+ 19 %), womit die Teuerung ausgeglichen werden dürfte.
2. Angesichts der sich wieder verschlechternden Haushaltsperspektiven ist bei der Festlegung von mehrjährigen Beitragsleistungen Zurückhaltung geboten, umso mehr als der Bund ohne Verfassungskompetenz für die Stiftung Pro Helvetia nur subsidiäre Unterstützung gewähren kann. Ferner ist mitzuberücksichtigen, dass der Bund die übrigen kulturellen Beitragsleistungen im Inlande ganz wesentlich erhöht hat (Denkmalpflege, Heimatschutz, Landessprachen, Film, usw.).

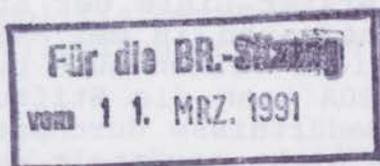
EIDG. FINANZDEPARTEMENT

Stich

Stich



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO



3003 Bern, 8. März 1991

An den Bundesrat

Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in den Jahren 1992-1995

S t e l l u n g n a h m e
 zu den Mitberichten des EDA vom 28.2.1991 und des EFD vom 1.3.1991

Die Anträge des EDA und des EFD zielen in grundsätzlicher bzw. in kulturpolitischer Hinsicht an den Gegebenheiten und den realen Bedürfnissen vorbei.

Wir lehnen daher beide Anträge ab und begründen dies wie folgt:

Zu den Ausführungen und zum Antrag des EDA

Mit Befriedigung stellen wir zunächst fest, dass das EDA die Notwendigkeit eines verstärkten kulturellen Engagements des Bundes, insbesondere im Auslandsbereich, anerkennt und unterstützt.

Der Antrag des EDA zielt jedoch auf einen eigentlichen Systemwechsel. Pro Helvetia soll, mit Berufung auf zufällige und keineswegs allgemeingültige Beispiele, mit einer als "komplementäre Aufgabe" bezeichneten Uebertragung gewisser Funktionen an das EDA "entlastet" werden. Was das EDA damit anstrebt, ist eine direkt ausgeübte staatliche Kulturförderung im Ausland, vollzogen von Beamten. Verbrämt wird dieser Aufbau einer zumindest in dieser Form und in diesem Ausmass völlig neuen Verwaltungstätigkeit mit dem Hinweis auf die wachsenden Bedürfnisse einer verstärkten kulturellen Präsenz der Schweiz im Ausland, kurz auch als eigentliche "kulturelle Aussenpolitik" bezeichnet. Das EDA beansprucht zu diesem Zweck einen Betrag von insgesamt 20 Mio. Franken für die Jahre 1992-1995, der zu Lasten des von uns beantragten Ausbaus der Mittel der Pro Helvetia direkt beim EDA eingestellt werden soll.

Ein solches Vorgehen - dieser Vorschlag des EDA gelangte im Rahmen der Aemterkonsultation nicht zur Diskussion - ist äusserst fragwürdig und aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen. Wir verkennen keineswegs die Notwendigkeit einer Verstärkung der kulturellen Präsenz der Schweiz im Ausland. Diese Aufgabe wurde jedoch vom Gesetzgeber in erster Linie der Stiftung Pro Helvetia übertragen. Durch eine enge und in der Vergangenheit nach übereinstimmender Aussage beider Seiten auch gut funktionierende Zusammenarbeit mit dem EDA kann die Stiftung gewisse auch aussenpolitisch motivierte Bedürfnisse durchaus erfüllen. An diesem bewährten System sollte nicht gerüttelt werden - zumindest nicht in dieser Form und in diesem Rahmen: Der Vorschlag des EDA bedeutet einen eigentlichen Systemwechsel, der nur im Rahmen einer allfälligen Gesetzesrevision überhaupt zur Diskussion gestellt werden könnte. Eine direkte, kulturfördernde Tätigkeit des EDA hätte ferner den Aufbau eines neuen Verwaltungszweiges zur Folge, was zweifellos neue Koordinationsprobleme schaffen würde. Ganz allgemein aber scheint uns eine staatsunmittelbare Tätigkeit dieser Art im Kulturbereich fragwürdig, wenn man von den Aktivitäten und Austauschaktionen bundeseigener Institutionen (z.B. bundeseigene Museen, Landesbibliothek) absieht. Schliesslich zielt der Vorschlag des EDA auf eine eigentliche Trennung zwischen der Kulturförderungstätigkeit im Inland und dem Kulturaustausch mit dem Ausland. Beide Bereiche bedingen jedoch einander in ganz wesentlichem Ausmass und sind, vor allem auch im Bewusstsein der Kulturschaffenden, wesensmässig miteinander verknüpft. Pro Helvetia hat mit ihren Entscheidungsstrukturen diesem Erfordernis in sinnvoller und gut funktionierender Weise Rechnung getragen.

Zum Antrag des EFD

Das EFD verkennt in seinem Antrag die sachlichen und kulturpolitischen Bedürfnisse, wie wir sie im Botschaftsentwurf und in unserem Antrag vom 22. Februar 1991 dargelegt haben. Die Annahme, mit den vorgeschlagenen zusätzlichen 16 Mio. Franken könne die Teuerung ausgeglichen werden, dürfte bei der im Kulturbereich in den letzten Jahren besonders spürbaren Kostenexplosion wohl allzu optimistisch sein. Zu befürchten ist eher das Gegenteil, nämlich ein deutlicher realer Rückgang der verfügbaren Mittel der Pro Helvetia. Dies hätte in einem Zeitpunkt, in dem, wie auch das EDA an sich durchaus zu Recht bemerkt, eine Verstärkung der Kulturförderungstätigkeit in allen Bereichen einem echten gesellschaftlichen Bedürfnis entspricht, verheerende Folgen. Die Kulturausgaben des Bundes bleiben trotz dieser Erhöhung - und auch in Anbetracht der Entwicklungen seit 1980 - immer noch gering. Gerade im verfassungsmässig einwandfrei abgestützten Auslandsbereich ist das Engagement der Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern immer noch eher bescheiden.

Die Argumentation, ohne Verfassungsgrundlage könne der Bund Pro Helvetia nur subsidiär unterstützen, ist falsch. Pro Helvetia ist eine Stiftung des Bundes, geschaffen vom Gesetzgeber mittels eines Spezialgesetzes, das den Bund verpflichtet, seiner Stiftung auch die für die Erfüllung des Stiftungszweckes erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die übrigen kul-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

Bern, den 15. März 1991

Für die BR.-Sitzung
vom 18. MRZ. 1991

An den Bundesrat

Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung
Pro Helvetia in den Jahren 1992 - 1995

S t e l l u n g n a h m e

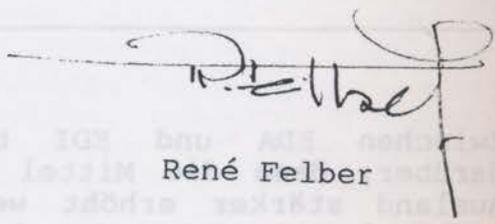
zu den Kommentaren des EDI und zum Mitbericht des EDA vom
28.2.1991

1. Zwischen EDA und EDI besteht grundsätzlich Einigkeit darüber, dass die Mittel für die Präsenz der Schweiz im Ausland stärker erhöht werden sollten, als dies in der Budgetplanung vorgesehen ist.
2. Die Stellungnahme des EDI hinterlässt jedoch den Eindruck, dass die aussenpolitische Bedeutung der Auslandstätigkeit von Pro Helvetia nicht vollumfänglich erkannt wird. Die dem EDA unterstellte Absicht, "eine direkt ausgeübte staatliche Kulturförderung im Ausland, vollzogen von Beamten", anzustreben, ist unrichtig und würde weder den Interessen noch den Kompetenzen des EDA entsprechen.
3. Im Rahmen der Aemterkonsultation war von der DIO angeregt worden, das Pro Helvetia-Budget stärker zu erhöhen, als dies vom Bundesamt für Kultur vorgeschlagen worden ist. Ohne die Unabhängigkeit von Pro Helvetia bezüglich ihren kulturellen Entscheiden einschränken zu wollen, war jedoch gewünscht worden, die gute Zusammenarbeit zwischen EDA und Pro Helvetia weiter zu verstärken, um sicherzustellen, dass aussenpolitische Anliegen von den Entscheidungsorganen der Pro Helvetia angemessen berücksichtigt werden. Pro Helvetia ist nur dann in der Lage, die auch vom EDI anerkannten "ausserpolitisch motivierten Bedürfnisse" zu erfüllen, wenn sichergestellt ist, dass das EDA seine Anliegen angemessen in den Entscheidungsorganen von Pro Helvetia vertreten kann.

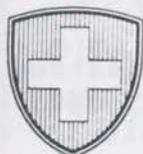
4. Als für die Wahrnehmung der Gesamtverantwortung für die schweizerische Aussenpolitik zuständiges Departement kann das EDA nur dann der vom EDI unterbreiteten Finanzbotschaft zustimmen, wenn parallel dazu die Zusammenarbeit zwischen EDA und Pro Helvetia verstärkt wird. Wir schlagen Ihnen deshalb vor, das Beschlussdispositiv durch folgenden Paragraphen zu ergänzen:

"Das EDA wird beauftragt, seine Zusammenarbeit mit Pro Helvetia zu verstärken, um sicherzustellen, dass aussenpolitische Anliegen von den Entscheidungsorganen, z.B. dem leitenden Ausschuss, der Stiftung Pro Helvetia angemessen berücksichtigt werden. Die Unabhängigkeit von Pro Helvetia soll dadurch nicht beeinträchtigt werden. Der Bundesrat wird vom Vorsteher des EDA über das Ergebnis der entsprechenden Verhandlungen mit Pro Helvetia, zu welchen ebenfalls das Bundesamt für Kultur/EDI beigezogen wird, informiert."

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN


René Felber

[Faint mirrored text from the reverse side of the page, including phrases like 'Die Stellungnahme des EDI...', 'In Rahmen der Aussenpolitik...', and 'wenn sichergestellt ist...']



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT DES INNERN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE L'INTÉRIEUR
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELL'INTERNO

3003 Bern, 15. März 1991

Für die BR.-Sitzung
 vom 18. MRZ. 1991

An den Bundesrat

Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia in
 den Jahren 1992-1995

V e r n e h m l a s s u n g

zur Stellungnahme des EDA vom 15. März 1991

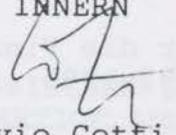
Wir haben sowohl im vorgelegten Botschaftsentwurf wie auch im Text unseres Antrages auf die Notwendigkeit einer möglichst engen Zusammenarbeit zwischen der Pro Helvetia und dem EDA hingewiesen. Unsere Bedenken richteten sich einzig gegen eine mögliche Beeinträchtigung der gesetzlich abgestützten Autonomie der Stiftung. Wir nehmen nun mit Befriedigung zur Kenntnis, dass das EDA zwar eine verstärkte Zusammenarbeit mit Pro Helvetia anstrebt, dabei aber nicht beabsichtigt, die Autonomie der Stiftung zu tangieren. Dem Antrag des EDA für eine Ergänzung des Beschlussdispositivs können wir daher zustimmen.

Wir haben bei dieser Gelegenheit den Botschaftstext bezüglich der Stellenbegehren der Pro Helvetia nochmals überprüft (Ziffer 174). Unbestritten ist, dass die Stiftung seit 1979 eine massive Steigerung der Gesuche und Aktivitäten im In- und Ausland zu bewältigen hatte und diesen Aufwandszuwachs infolge eines praktisch gleichbleibenden Personalbestandes kaum mehr verkraften konnte. Unser ursprünglicher Vorschlag, der Stiftung seien daher insgesamt 17 neue Planstellen zuzugestehen, wurde in der Aemterkonsultation vom EPA nicht bestritten. Eine Intervention unterblieb deshalb, weil die Personalstoppsituation des Bundes bei einer autonomen Stiftung, die ihre Personalausgaben aus ihren allgemeinen Mitteln zu bestreiten hat, nicht direkt gilt, da die Planstellen der Pro Helvetia nicht dem Stellenpool des Bundes entnommen werden. Das EPA hat jedoch mündlich gewisse Bedenken ob des vorgesehenen Personalzuwachses angemeldet. Nach verschiedenen weiteren Gesprächen und einer gründlichen Ueberprüfung dieser Frage sind wir daher zur Auf-

fassung gelangt, dass die Wirksamkeit des Personaleinsatzes der Stiftung wesentlich erhöht werden könnte, wenn Pro Helvetia vermehrt projektbezogenes Personal im Auftragsverhältnis einsetzt, statt durch eine erhebliche Erhöhung der Etatstellen die Verwaltungstätigkeit unverhältnismässig stark auszubauen und damit führungsmässig und finanziell neue Belastungen zu schaffen. Wir beantragen daher nachträglich, den letzten Abschnitt von Ziffer 174 des Botschaftstextes wie folgt zu ändern:

"Aus diesem Grund vertreten wir die Auffassung, den Forderungen der Stiftung sei nur teilweise zu entsprechen und die beantragte Erhöhung auf 10 neue Planstellen zu beschränken. Der zeitweise auftretende Mehrbedarf an Personal kann projektbezogen im Auftragsverhältnis gedeckt werden. Die entsprechenden Lohnkosten..... aufgefangen werden."

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
DES INNERN



Flavio Cotti

[Faint mirrored text from the reverse side of the page, appearing as bleed-through. It is largely illegible but seems to contain a discussion of the same subject matter.]



EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

690.32

3003 Bern, den 15. März 1991

**Für die BR-Sitzung
 vom 18. MRZ. 1991**

An den Bundesrat

**Botschaft über die Finanzhilfen an die Stiftung Pro Helvetia
 in den Jahren 1992-1995**

V e r n e h m l a s s u n g

zur Stellungnahme des EDI vom 8. März 1991

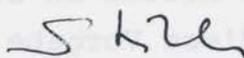
Das Finanzdepartement hält an seinem Mitbericht vom 1. März 1991 fest.

1. Wir betrachten die Aufstockung der bisherigen Beitragsleistungen des Bundes an die Stiftung Pro Helvetia um 4 Millionen Franken pro Jahr als eine namhafte Steigerung. Für die Periode 1992-95 ergibt dies immerhin eine Zunahme von insgesamt 19 Prozent, was in etwa der erwarteten durchschnittlichen Bruttoinlandproduktentwicklung entspricht. Wir setzen damit die Politik der sukzessiven Erhöhung der Mittel an die Stiftung fort. Die Befürchtung, dass diese Vorgabe verheerende Folgen für die Tätigkeit der Stiftung haben könnte, teilen wir nicht.
2. Die kulturelle Szene wird von einer Vielfalt von kulturellen Tätigkeiten und Initiativen auf allen Ebenen unserer staatlichen Gemeinschaft geprägt. Die Kulturförderung beruht auf verschiedenen Säulen; diejenige des Bundes bleibt indessen - auch nach dem kürzlich in die

Vernehmlassung gegebenen Entwurf für einen neuen Verfassungsartikel 27 septies BV - vorwiegend subsidiärer Natur. Dennoch hat der Bundesrat der wachsenden Bedeutung der Kultur in unserer Gesellschaft im Voranschlag 1991 grosszügig Rechnung getragen und die Kredite gegenüber dem Vorjahr um insgesamt rund 60 Millionen (+ 25 Prozent) erhöht.

3. Die Einhaltung der vom Bundesrat soeben verabschiedeten haushaltspolitischen Zielsetzungen erfordert auch im Kulturbereich eine konsequente Prioritätenbildung und eine straffe Ausgabendisziplin. Eine gewisse Zurückhaltung ist in diesem Bereich schon deshalb geboten, weil mindestens für die Kulturförderung im Inland zur Zeit keine Verfassungsgrundlage besteht. Die kulturelle Präsenz und Tätigkeit im Ausland kann sich wenigstens indirekt auf die verfassungsmässige Kompetenz des Bundesrates in auswärtigen Angelegenheiten stützen (Art. 102 BV). Eine Verstärkung der kulturpolitischen Zusammenarbeit zwischen der Stiftung Pro Helvetia und dem EDA wäre daher - durchaus im Sinne des Mitberichtes dieses Departementes - anzustreben, ohne dass jedoch der Gesamtrahmen der Finanzhilfe im neuen Finanzierungsbeschluss für die Vierjahresperiode 1992 - 95 über den von uns beantragten Betrag von 102 Millionen Franken angehoben wird.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT



Stich